



Ausschuss für Schule und Bildung

43. Sitzung (öffentlich)

27. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:32 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

Gut durchdacht statt schlecht gemacht: Die Landesregierung muss endlich ein Gesamtkonzept zur Besoldungsstruktur des Schulsystems in NRW vorlegen

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6384

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Vorsitzender Florian Braun: Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung, heute zu einer Anhörung von Sachverständigen zu:

Gut durchdacht statt schlecht gemacht: Die Landesregierung muss endlich ein Gesamtkonzept zur Besoldungsstruktur des Schulsystems in NRW vorlegen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6384

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Ich begrüÙe insbesondere unsere heutigen Sachverständigen, natürlich ebenso die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten sowie die weiteren Gäste. Ich darf heute auch die Landtagsverwaltung besonders in Form unserer Video- und Bildredakteure begrüÙen. Wundern Sie sich bitte nicht, dass hier vorne die Kamera aufgebaut ist. Die Anhörung selbst wird live im Internet gestreamt. Parallel dazu werden ein paar Aufnahmen getätigt für ein Erklärvideo zum Landtag, zur Ausschussarbeit, zu dem, was Anhörungen ausmacht usw. Deswegen kommt Ihnen heute eine besondere Ehre zuteil, an der Stelle mitwirken zu dürfen. Ich hoffe und zähle da auf Ihr heutiges Einverständnis und bin sehr sicher, dass das der Demokratie in unserem Land zugutekommt.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Wenn es zum Verfahren keine Fragen gibt, starten wir mit den Fragen. Es beginnt für die SPD-Fraktion Kollegin Engin.

Dilek Engin (SPD): Auch von uns ein herzliches Willkommen! Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben für dieses überaus wichtige Thema.

Meine erste Frage geht an Frau Çelik bzw. an Frau Lorenz, an Herrn Tempel und an Herrn Behlau. Aus Ihren Stellungnahmen wird deutlich, dass Sie bei der Anpassung der Lehrkräftebesoldung ein Gesamtkonzept vermissen. Können Sie diesen Aspekt bitte einmal näher erläutern und darauf eingehen, welche Folgen es haben könnte, wenn die Landesregierung keine weiteren Anpassungen im Besoldungsgefüge vornimmt.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Auch im Namen unserer Fraktion vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen für dieses Thema.

Ich habe eine Frage in Bezug auf die Lehrerinnenausbildung und die tätigen Personen da. Deswegen meine erste Frage an das Netzwerk Fachleiter*innen NRW und an die Bundesarbeitsgemeinschaft Lehrerbildung: In der Frage von Gleichwertigkeit bzw. Unterschieden zwischen den Tätigkeiten als Fachleitung zwischen Sekundarstufe I und II

werden Beschreibungen gemacht. Da fände ich spannend, wie Sie zu dieser Einschätzung kommen.

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von meiner Seite aus ein herzliches Willkommen. Schön, dass Sie diesen wunderschönen Tag dazu nutzen, den mit uns zu verbringen.

Ich habe eine Frage, die wie folgt lautet: Der Antrag der SPD fordert eine Besoldung der Lehrkräfte nach Schulgröße. Eine Differenzierung nach Anforderungen an das Amt der unterrichtenden Lehrkräfte erfolgt nicht. Wie bewerten Sie diese Forderung? Die Frage richtet sich an alle Sachverständigen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich bedanke mich, dass Sie heute hier sind, dass Sie uns Stellungnahmen eingereicht haben zu diesem wichtigen Thema.

Meine erste Frage, obwohl ich sie an alle richten dürfte, möchte ich vor allem, weil sie so spezifisch ist, an Frau Knaps und an Herrn Gruner richten. Es geht mir um die Situation der Ausbildung in den Seminaren der Lehrerausbildung. Die Frage der Besoldung hat ja einen Einfluss darauf, wie sehr es Ihnen gelingt, neue Kolleginnen und Kollegen dafür zu gewinnen. Was tun Sie aktuell, und wie gelingt es, dass Sie Kolleginnen und Kollegen gewinnen? Wie ist Ihr Ausblick auf die kommenden Jahre und die Abhängigkeit von einer Besoldungsänderung?

Dr. Christian Blex (AfD): Vielen Dank, dass Sie hier erschienen sind.

Ich habe nur eine wesentliche Frage. Ansonsten gaben Ihre Stellungnahmen genügend Auskunft. Die richtet sich nach der Besoldungsstruktur bei den Mangelfächern. Inwieweit ist es sinnvoll, auf die Mangelfächer im Rahmen einer Besoldungsstrukturreform einzugehen, insbesondere wenn ich an die MINT-Fächer und an mein persönliches Lieblingsfach Physik denke, wo ja in allen Schulformen ein eklatanter Mangel herrscht? Inwieweit muss man da auch mal mutig sein und durch eine Besoldungsstrukturreform versuchen, den Mangel gerade in diesem Bereich zu beheben?

Vorsitzender Florian Braun: Damit hätten wir alle Fragen für die erste Runde gesammelt. – Herr Behlau beginnt mit der Beantwortung.

Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Herzlichen Dank von unserer Seite für die Einladung. Ich habe zwei explizite Fragen an uns verstanden, vor allen Dingen von Frau Engin. Da geht es um das fehlende Gesamtkonzept.

Vorwegschoben möchte ich natürlich nach wie vor, dass es der VBE NRW durchaus positiv sieht, dass die jetzige Landesregierung den Schritt nach A13 vollzogen hat. Das ist richtig, und das ist ein Schritt, den viele Landesregierungen vorher nicht vollzogen haben. Leider hat die Landesregierung hier aber das Gesamtkunstwerk nicht vollendet, sondern nur ein Stückwerk geliefert, und hat bis jetzt auch nur ansatzweise kein weiteres Bausteinchen geliefert, um diesem ersten Schritt weitere Schritte folgen zu lassen, weitere Schritte, die letztendlich in ein Gesamtkonzept zu münden haben,

um das Ganze wirklich zu einem großen Schritt werden zu lassen. Ich sehe das mit einem großen Bedauern. Es war das erste Mal, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Stück weit stolz darauf sein konnten, dass wir in Nordrhein-Westfalen unterwegs sind, weil Nordrhein-Westfalen hat es hier anderen Bundesländern teilweise vorgemacht. Aber leider haben die anderen Bundesländer es dann besser gemacht, indem sie sofort ein Gesamtkonzept nachgezogen haben.

Dieses Gesamtkonzept sähe wie folgt aus: Wir sehen es auch heute anhand der Anzahl der Sachverständigen. Selbstverständlich muss die Ungerechtigkeit bei der Bezahlung der Fachleitungen endlich behoben werden. Wir haben hier eine eklatante Ungerechtigkeit, vor allen Dingen bei den Fachleitungen im Bereich der Primarstufe, der Sekundarstufe I und auch der Förderschule, die im Gegensatz zu den Fachleitungen im Bereich der gymnasialen Oberstufen, der Gesamtschulen eben kein Beförderungssamt haben und das seit Jahren. Das kann so nicht bleiben. Das ist auch gleichzeitig eine Folge. Sie haben nach den Folgen gefragt, Frau Engin. Wir sehen hier sowieso schon einen enormen Mangel. Es gibt immer weniger Kolleginnen und Kollegen, die Fachleitung werden wollen in den von mir benannten Schulstufen und Schulformen. Wenn hier nicht nachgezogen wird, dann wird sich dieser Mangel weiter ausbreiten, weil diese Ungerechtigkeit einfach weiter bestehen bleibt. Sie ist auch nach wie vor einfach nicht in keiner Weise nachvollziehbar.

Eine ähnliche Folge sehen wir vor allen Dingen bei dem zweiten Schritt, der dringend zu erfolgen hat, und das ist die Frage der Besoldung der Schulleitungen. Auch hier müssen die notwendigen Schritte gegangen werden. Es ist im Koalitionsvertrag festgelegt worden, dass die Konsequenzen daraus gezogen werden. Diese sind noch nicht gezogen worden. Es ist angezeigt, jetzt einen Plan vorzulegen, damit wir 2026 wissen, was passiert. Denn was ist sonst die Folge? Gerade an den kleinen Systemen, wo wir vor allen Dingen stellvertretende Schulleitungen in A13 haben, sehen wir eine große Entpflichtungswelle auf uns zukommen. Das kann nicht gut sein in der Situation, in der wir sind. Das kann auch nicht gut sein für Schulentwicklung. Ich glaube, das sind die herausragenden Folgen.

Ebenfalls mit einzubeziehen sind auf jeden Fall die Beförderungsstelleninhaberinnen und -inhaber. Es ist der vorherigen Landesregierung gelungen, endlich Beförderungsstellen in der Primarstufe auszuloben. Diese werden mit 2026 obsolet, wenn es hier nicht auch einen Unterschied in der Besoldung geben würde, weil dann fragt man sich wirklich, was das für Beförderungsstellen sind, wenn es dieselbe Besoldung ist.

Der letzte Schritt, der in unseren Augen selbstverständlich vollzogen werden muss, hat mit der Gleichwertigkeit zu tun, auch der Gleichwertigkeit der Ausbildung. Auch wenn der Schritt zu A13 sicherlich ein guter ist, stellt sich hier die Frage, warum nicht letztendlich der Schritt in die einheitliche Laufbahn für Lehrkräfte vollzogen worden ist. Das erschließt sich uns nicht. Das ist ein Schritt, der dringend gegangen werden muss.

Was die Schulgrößen angeht, Frau Schlottmann, so glaube ich, ist die Differenzierung durchaus eher auch auf die Leitungsfunktionen und auf die Beförderungssämter zu beziehen. Hier denke ich, dass man durchaus über Konzepte sprechen kann. Es gibt ja auch schon Beispiele aus anderen Schulformen, wo Schulleitungen nach Schulgröße zu besolden sind. Ich denke, dass es da Ansatzpunkte geben kann. Da lohnt auch

teilweise ein Blick in die anderen Bundesländer. Hier wäre – ich mag das immer ungern sagen – ein Blick nach Bayern sicherlich nicht ganz unschädlich.

Sarah Wanders (lehrer nrw): Auch im Namen von Lehrer NRW möchte ich mich zunächst für die Einladung bedanken und würde dann auch direkt zur Frage von Frau Schlottmann bezüglich der Besoldung nach Schulgrößen kommen.

Wir haben ja bereits eine Differenzierung nach Schulgröße bezogen auf Funktions- und Leitungsstellen. Wenn wir die Besoldung weiterhin nach Schulgröße differenzieren, befürchte ich eine massive Benachteiligung der kleinen Systeme. Denn gerade in diesen Systemen gibt es sehr wenige Funktionsstellen. Wir haben einen Schulleiter, eine Schulleiterin, ein bis zwei Konrektoren und keine weiteren Funktionsstellen an diesen kleinen Systemen. Deshalb wäre eine Anpassung der Besoldung gemessen an den Schülerzahlen für diese Systeme weiter zum Nachteil.

Christoph Hopp (Erasmus-von-Rotterdam-Gymnasium Viersen): Herzlichen Dank für die Möglichkeit, mich hier zu äußern, und für die wie immer dezidierten Nachfragen. An mich gerichtet war in erster Linie die Frage nach der Schulgröße, was ja sicher ein sinnvoller Ansatzpunkt sein kann, wie meine Vorredner richtig ausgeführt haben. Was mich natürlich irritiert in dem Zusammenhang ist die in dem Antrag für mich als Leser offenbar völlig willkürlich gezogene Linie. Ich möchte noch einmal sehr deutlich infrage stellen, ob wir dadurch nicht neue Ungerechtigkeiten schaffen. Ich polarisiere an der Stelle ganz bewusst. Stellen wir uns vor, da ist ein kleines System. Nehmen wir als Beispiel eine Grundschule mit Leitung mit 370 Schülerinnen und Schülern und auf der anderen Seite ein großes Gesamtschulsystem mit 2.000 Schülern und Lernenden, und die werden gleich bezahlt. Ich glaube, da müssen wir sehr viel differenzierter hinsehen und sehr viel genauer schauen, was da Grundlage für welche Besoldung sein kann. Eine bloße Gleichmacherei kann sicher nicht das Ziel der Damen und Herren hier im Hause sein.

Eine ganze Reihe von Aspekten werden dabei aus meiner Sicht nicht berücksichtigt, so zum Beispiel die Summe der Aufgaben, die in diesem System anfallen. Wir müssen doch so Fragen stellen wie: Ist hier ein Abitur zu bewältigen oder nicht? Handelt es sich hier um eine – entschuldigen Sie die Ausdrucksweise – Brennpunktschule? Haben wir es hier mit einem System zu tun, das sehr stark gefordert ist in Sachen Inklusion und Integration? Geschieht das gegebenenfalls ohne Fachkräfte, wie das zum Beispiel an Gymnasien immer noch sehr stark der Fall ist? Wenn also finanzielle Anreize geschaffen werden sollen – da sind wir uns alle einig –, ist das mehr als sinnvoll. Ich würde konkret vorschlagen, in eine andere Richtung zu gehen und nicht alle über einen Kamm zu scheren. Ich versuche es mit so einem kleinen Trikolon. Wenn wir es schaffen, die Anrechnungsstunden zu verdoppeln, sodass die Schulleitungen vor Ort reparieren können, was das System nicht hergibt, dass die Schulleitungen vor Ort sehen können, ob es da wirklich so ist, dass wir jemanden, der da Religion und Sport unterrichtet und mit seinen 25,5 oder 28 Stunden gut ausgelastet ist, natürlich nicht zusätzlich be-, aber eben auch nicht entlasten müssen ... Ist da aber vielleicht jemand mit Deutsch und Englisch, der vor Korrekturen ächzt und der dringend entlastet werden

muss, dann kann der Schulleiter, kann die Schulleiterin vor Ort hier für Entlastung sorgen, haben wir die Möglichkeit, die Korrektorentlastung, die dringend nötig ist, in dem Anrechnungstopf, der den Schulleitungen zur Verfügung steht, festzuschreiben, und können wir vielleicht eine freiwillige Vorgriffsstunde, die in welcher Form auch immer ausgeglichen werden kann, einziehen, um bestehende Ungerechtigkeiten auch innerhalb der Systeme auszugleichen.

So weit erst mal dazu.

Hardi Gruner (Netzwerk der Fachleiter*innen NRW): Vielen Dank für die Einladung. Auch wenn wir nur drei Minuten zur Verfügung haben, wollen wir die Zeit nutzen, das etwas ausgiebiger zu machen.

Auf der einen Seite wollen wir uns bedanken bei Frau Schlottmann und bei Frau Zingsheim-Zobel für die Aufnahme der Fachleiterproblematik in den Koalitionsvertrag, bei Frau Müller-Rech für die sehr ausführliche und intensive Darstellung der Problematik in der Plenarsitzung im letzten Jahr und nicht zuletzt natürlich bei Frau Engin für den vorliegenden Antrag.

Deutlich wird durch die Aufzählung, dass wir über die Parteigrenzen hinweg hier eine sehr einhellige Meinung vorfinden, was die Ungerechtigkeit im Rahmen der Besoldung der Fachleitungen betrifft. Wir haben auch als Netzwerk sehr intensiv die Stellungnahmen gelesen und dort keine bestandsfähigen Argumente gefunden, die dagegen sprechen. So viel vorab.

Frau Engin wollte wissen, wie die Unterschiede und auch die gleichverlaufenden Ansprüche im Bereich unserer Tätigkeiten sind. Ich würde gerne mit den vergleichbaren Dingen anfangen. Wir alle haben eine gleiche Prüfung absolviert zum Fachleiter, zur Fachleiterin vom Umfang her, vom Anspruch her. Wir haben – das ist basierend auf der OVP – das gleiche Aufgabenprofil, die gleichen Aufgaben. Wir finden hier keinerlei Unterschiede im Rahmen unserer Tätigkeit. Unterschiede finden wir allerdings durchaus an anderen Stellen. Hierzu gehört sicherlich die anspruchsvolle Aufgabe, auf die Inklusion vorzubereiten. Das ist implementierter Bestandteil seit mehr als zehn Jahren unserer Ausbildung und darf nicht unterschätzt werden. Das betrifft eben die Bereiche Grundschule, HRSGe und sonderpädagogische Förderung. Auch innerhalb unserer Schulsysteme ist ein großes Maß an Heterogenität vorzufinden. Auch das ist die Aufgabe der Fachleiterinnen und Fachleiter vor allen Dingen in den genannten Schulformen, auf die wirklich herausfordernden Aufgaben vorzubereiten.

Eine zusätzliche Aufgabe, die hinzugekommen ist und auch nicht abzuwenden war – wir finden sie auch gut –, ist im Handlungskonzept begründet. Hier ist vorgesehen, dass neue Kolleginnen und Kollegen über einen erleichterten Seiteneinstieg ins System kommen. Diese Kolleginnen und Kollegen haben vorher andere Tätigkeiten durchgeführt, bringen auf dieser Grundlage breites Fachwissen in vielen Fällen mit. Was ihnen allerdings fehlt, sind andere Schlüsselqualifikationen, die wir unabdingbar brauchen, wenn wir Lehrerinnen und Lehrer lange im System halten wollen. Hierzu gehört die Didaktik, Pädagogik und Methodik. Das sind Dinge, die unabänderbar vorhanden sein müssen und die eben in weiten Teilen fehlen. Hier haben wir nur 18 Monate Zeit,

um diesen Mangel auszugleichen, was ebenfalls eine richtig große Herausforderung im Rahmen unserer Tätigkeit ist. Wenn also das Handlungskonzept funktionieren soll und es nicht nur um Statistik, sondern gleichzeitig auch um Qualität geht, dann muss hier agiert werden. Und das geht nur, indem wir über eine Besoldungsanpassung die Attraktivität für dieses Berufsfeld steigern.

Frau Müller-Rech hat nachgefragt, wie die Neugewinnung von Fachleiterinnen und Fachleitern läuft. Extrem schleppend. Aus eigener Erfahrung von dem ZfsL, an dem ich tätig bin, kann ich sagen, dass Chemie zum Beispiel 17 Mal ausgeschrieben werden muss. Das ist jetzt ein paar Jahre her. Das ist sehr bitter und macht die Problematik deutlich, unter der wir zu leiden haben. Die Tätigkeit als Fachleiterin, als Fachleiter in den Bereichen G-HRSGe und SF ist oftmals eine Sackgasse. Wir kommen nicht weiter. Viele fragen sich, vor allen Dingen viele gute, die hervorragende Lehrfähigkeiten mitbringen: Warum soll ich in diese Sackgasse hinein abbiegen, wenn ich auf der anderen Seite vielleicht die didaktische Leitung übernehmen kann oder auch in den Bereich der Schulleitungen aufsteigen kann? Also, entweder wird dieser Weg gar nicht erst gewählt, oder es ist tatsächlich so, dass man praktisch im Vorbeiflug die Fachleitertätigkeit mitnimmt und nach sehr kurzer Zeit dann weitergeht.

So viel erst mal von mir.

Ute Lorenz (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ich muss leider Frau Çelik entschuldigen. Deswegen mache ich das heute. Sie steht krankheitsbedingt nicht zur Verfügung.

Die Frage nach dem Vermissen des Gesamtkonzeptes. Die GEW sagt seit vielen Jahren, dass dieses Gesamtkonzept fehlt. Die Veränderungen des Lehrerausbildungsgesetzes 2009 haben ja eigentlich den Beginn dargestellt, ab wann auch das Besoldungsgefüge geändert werden sollte. Das haben die damaligen Parteien, die hier saßen, eigentlich auch gesehen. Es gab diverse Reden diesbezüglich, die bei dieser Veränderung des Lehrerausbildungsgesetzes gesagt haben: Ja, dann müssen wir auch das Besoldungsgefüge ändern. Dann hat das auch was mit Beförderungen zu tun. – Das zum Beispiel fehlt uns hier. Das haben wir in unserer Stellungnahme auch deutlich gemacht.

Wir haben mittlerweile ein Gesetz, das sagt, A13 auch für den Grundschulbereich, für den Sek.-I-Bereich. Was wir aber nicht haben, ist eine wirkliche Gleichstellung, so wie das eigentlich die Grundlage des Lehrerausbildungsgesetzes und die Folgen darstellen. Wir haben immer noch eine Laufbahngruppe 2.1. Diese Laufbahngruppe 2.1 ist dem nicht angemessen, sondern es muss dann auch die Laufbahngruppe 2.2 mit den entsprechenden Folgerungen sein. Das haben wir ja auch schon letztes Jahr bei der Anhörung zu dem Gesetz gesagt. Wir haben dargestellt, ähnlich wie das jetzt auch in dem Antrag der SPD ist, wie wir es uns vorstellen können, wie man ein Konzept darstellt, das tatsächlich Gleichbehandlung in allen Schulformen darstellt auf der Grundlage der Ausbildung und der gleichen Abschlüsse. Deswegen auch ein Amt wie eben Studienrat, Studienrätin, das darauf folgen muss. Auch das ist nicht unerheblich.

Jetzt komme ich gleich auch schon zu den Folgen. Wenn man kein Gesamtkonzept hat und wenn man nicht gleich umsetzt, dann folgt daraus auch immer noch für diejenigen, die sich für ein Lehramt entscheiden: Wo gehe ich denn hin? Gehe ich dahin, wo ich auch Studienrätin, Studienrat werde und A13Z bekomme? Oder gehe ich dahin, wo ich nur – in Anführungszeichen – A13 bekomme, mittlerweile aber kein Z und nicht viele Beförderungsstellen? Und auch die Beförderungsstellen sind nicht entsprechend angemessen. Wir haben jetzt eine neue Beförderungsstelle, die ja auch gut ist für die Grundschulen mit A13, die sich aber erledigt, wenn wir 2026 das A13-Gesetz wirklich umgesetzt haben. Auch das stört natürlich bei vielen Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen und im Sek.-I-Bereich. Unabhängig davon gibt es auch noch Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, die ebenfalls nicht gleichgestellt sind und die A13 erhalten und nicht A13Z und auch keine Studienräte sind.

Also, das Besoldungsgefüge auf der Grundlage der amtsangemessenen Besoldung letztendlich ist nicht da. Deswegen fordern wir eine vollständige Gleichstellung, wie wir das auch schon gesagt haben.

Das Gleiche gilt für die Beförderungsstellen. Die Beförderungsstellen sollen unseres Erachtens gleichgezogen werden. Das haben wir damals schon dargestellt. Das begrüßen wir, dass das jetzt von der SPD-Fraktion auch so aufgenommen worden ist. Auch hier schauen natürlich die jungen neuen Lehrkräfte darauf: Wo kann ich denn hingehen? Was kann ich noch erreichen in der Zeit, in der ich im Lehramt bin? Welche Besoldungsmöglichkeiten habe ich da letztendlich? Das ist eine Entscheidung, Sek. I, Sek. II oder Grundschule. Deswegen haben wir im Moment das Problem in Grundschule und Sek. I, dass wir zu wenige Lehrer haben.

Zu den Fachleitungen ist ja schon etwas von meinen Kolleginnen und Kollegen hier gesagt worden. Auch wir sagen, das geht so gar nicht. Die Fachleitungen müssen jetzt sofort höhergruppiert werden. Die sind vergessen worden mehr oder weniger in diesem Besoldungsgesetz. Das kritisieren wir.

Das Gleiche gilt für die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, die Referendarinnen. In anderen Gesetzen wie in Hessen zum Beispiel ist das gleich entsprechend umgesetzt worden. Warum wird es hier nicht umgesetzt? Wo ist das Problem?

Aber wir sehen natürlich auch das ganze Gefüge der Lehrkräfte, der Beschäftigten im Schulbereich. Es gibt kaum einen Bereich im öffentlichen Dienst, wo diese Unterschiedlichkeit auch der Bezahlung und der Besoldung so deutlich wird wie hier. Daran muss man arbeiten. Deswegen haben wir auch entsprechende Forderungen bezogen auf Tarifbeschäftigte gestellt.

Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):
Auch ich bedanke mich für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Ziel aller Vorhaben muss es sein, den Arbeitsplatz Schule attraktiver zu machen. Denn das sind sicherlich die Maßnahmen, die letztlich dafür sorgen, dass eine gute Bildung stattfindet. Gute Bildung muss früh anfangen; das kann man nicht hinterher irgendwie reparieren. Wir alle wissen, die Fehler, die am Anfang gemacht werden, können am Ende kaum ausgeglichen werden.

Ich gehe auf die beiden Fragen ein, zum einen von Frau Schlottmann und zum anderen von der FDP zur Besoldung der Leitungen. Da gehen wir voll und ganz mit, dass ein Orientierungsmaß die Größe der Schule sein sollte, denn die Größe der Schule gibt schon die Komplexität wieder oder ist zumindest ein Spiegelbild dafür. Berufskollegs mit ca. zweieinhalbtausend Schülerinnen und Schüler und 30 Bildungsgängen im Durchschnitt machen letztlich deutlich, dass man eine Struktur der Leitung braucht. Die muss ermöglicht werden. Das setzt dann eben voraus, dass eine entsprechende Besoldung dort auch so anordenbar sein muss. Das gilt natürlich auch für andere Schulformen.

Vielleicht noch mal zum Aspekt der Mangelfächer. Das ist nicht unbedingt statisch. Maschinenbau war lange Zeit ein Riesenmangelfach gerade im Bereich der beruflichen Bildung. Das wird nach und nach weniger. Die ganze Stahlindustrie geht weg. Von daher verändern sich solche Geschichten. Das heißt, Mangelfächer sind jetzt eher im Bereich Pflegeberufe und so etwas. Das heißt, es ist nicht statisch. Von daher halte ich es nicht für sinnvoll, das an der Besoldungsstruktur festzumachen, sondern ich würde empfehlen, mit Zulagen zu agieren, dass man Zeitfenster aufmachen kann, wenn ein besonders großer Mangel in bestimmten Fachrichtungen existiert. Ich weiß, in bestimmten naturwissenschaftlichen Fächern ist das seit Jahrzehnten so, aber das eine schließt das andere nicht aus. Also, es sollten attraktive Elemente im Rahmen von Zulagen eingebaut und es nicht zu komplex gemacht werden, indem man dort die Besoldungsstruktur darum herum strickt. Das wäre unsere Empfehlung.

Andreas Tempel (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW): Danke für Einladung und Möglichkeit der Stellungnahme. Ich verbringe sehr gerne in wichtigen schulpolitischen Themen diesen wunderschönen Nachmittag mit Ihnen allen hier. Das ist gar keine Frage.

Ich vertrete einen Gesamtschulverband. Von daher ist es mir wichtig, deutlich zu machen, dass eben so ein bisschen verschwommen ist, dass wir zwei Lehrämter an Gesamtschulen haben, nämlich 2.1 und 2.2, gehobener und höherer Dienst. Da liegt schon die Krux, abgesehen von allen möglichen Angestelltenverhältnissen, die eben auch nicht besonders gerecht in der Besoldung sind. Aber das ist ja hier heute nicht Thema.

Das hat, um es etwas praktischer zu machen und von dem Papier hier wegzukommen, das wir alle eingereicht haben – ich setze mir jetzt mal den anderen Hut als Schulleiter auf –, sehr praktische Folgen, nämlich dass ich zwei A13-Stellen bekommen habe, erstes Beförderungamt, für Menschen, die in der Laufbahn 2.1 eingruppiert sind. Die stellen mir natürlich jetzt die Frage: Schön, dass du mir das anbietest, ich sehe mich da auch gewürdigt, aber ab 2026 sind wir ja dann angeglichen. Was ist denn dann eigentlich mit der Stelle? – Ich warte auf die ersten Kolleginnen und Kollegen, die aus dieser Besoldungsgruppe kommen und sagen: Ich habe vor Jahren eine Beförderungsstelle bekommen und ab 2026 hätte ich mal große Lust, meine Dienste einzustellen, weil ja dann alle ... Ich muss jetzt nicht weiter ausführen, was dann passiert. Das ist die erste Schwierigkeit und eine große Ungerechtigkeit innerhalb des Kollegiums.

Ich gucke dann aber mal auf den höheren Dienst. Die werden eingruppiert von A13 – mit dieser Beförderungsgruppe sind sie eingestellt worden – auf A14 und machen bei uns an den Gesamtschulen zum Beispiel eine Abteilungsleitung, oder sie kriegen ein erstes Beförderungsamt. Für das erste Beförderungsamt machen die dann vielleicht die Lernstandserhebungen und die zentralen Prüfungen und bei der Abteilungsleitung eine ganze Abteilung mit zwei Jahrgängen, an manchen Schulen sogar mit drei, je nach Größe. Das steht in keinem guten Verhältnis zueinander.

Kernaussage: Es fällt immer schwerer, Menschen zu finden, die sich in besonderer Weise engagieren wollen. Gerade das braucht Schule in allen Systemen und an allen Schulen. Deswegen sind diese Anpassungen dringend notwendig.

Gerade war auch das Thema, die Schulen besonders auszustatten, die in Brennpunkten liegen. Ja, da ist der Sozialindex das Mittel der Wahl geworden. Da darf ich nur etwas frech bemerken: Hoffentlich ist das auch entsprechend hinterlegt mit den Finanzen, was finanzielle Ausstattung und personelle Ausstattung angeht. Da bin ich sehr gespannt. Darauf werden wir einen Blick haben.

In Bezug auf die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer durch die Fachleitungen kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen, dass an den Gymnasien gar nicht inklusiv ausgebildet wird und wir da sozusagen einen Teil des Jobs an den Gesamtschulen machen. Wenn wir diese Kolleginnen und Kollegen einstellen, dann haben die bestenfalls in irgendwelchen Hospitationen an anderen Schulen, an einer anderen Schulform Inklusion gesehen, aber nicht in der eigenen Ausbildung. Das machen wir dann auch noch so nebenbei.

In Bezug auf die Schulgröße kann ich Ihnen den Hinweis nicht ersparen – ich sehe schon ganz viele zusammensucken –, wenn da so kleine Systeme sind, könnte man ja ganz tolle Gesamtschulen gründen oder umwidmen, hinterher hätte man etwas größere Systeme und könnte damit etwas besser klarkommen und dann direkt auch der Bildungsgerechtigkeit dienen. A16Z ist hier, glaube ich, auch noch nicht diskutiert worden für ganz große Schulen. Das habe ich auch in den Anträgen nicht gelesen. Darüber könnte man ja auch mal nachdenken.

Dann noch einen Hinweis in Bezug auf Mangelfächer und ob man die nicht besser besolden sollte, gleichgültig, was es jetzt ist, an welcher Schulform. Ich möchte nicht eine Ungerechtigkeit, über die wir gerade diskutieren, durch eine andere ersetzen. Mein Hinweis wäre, soll man doch bitte mal in die Lehrerbildung schauen, wie man da Menschen an die Schulen bekommt, die Mangelfächer haben.

Sabine Mistler (Philologenverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen. Ich gehe auf die Frage der CDU nach Besoldung nach Schulgrößen, Funktions- und Leitungsstellen ein. Hier sage ich sehr deutlich, dass wir in diesem Zusammenhang tatsächlich die Schulgrößenbesoldung für kritisch halten. Es sind Vorredner schon hier gewesen, die die Unterschiedlichkeit der Schulgrößen angesprochen haben und was das tatsächlich in der Umsetzung bedeutet.

Ich unterstütze die Forderung nach einem Gesamtkonzept, aber ich unterstütze auch, dass der Prüfungsauftrag der Fraktionen hier noch nicht durchgeführt ist, weil ich der

Meinung bin – das sieht man an den Vorrednern –, dass diese ganze Besoldungsstrukturfrage eine ganz wichtige und wesentliche ist und dass sie sehr gut durchdacht werden muss.

Ich halte im Zusammenhang mit der Besoldungsstruktur, wo es auch um besoldungsrechtliche Probleme und Vorgaben gibt, einen Schnellschuss für nicht angemessen. Wie viele in diesem Raum wissen, ist der Philologen-Verband der Verband, der im Zusammenhang mit den Tätigkeitsmerkmalen, die ja das Ausführen vom Lehramtsberuf durchaus legitimieren, meint, dass es weiterhin die Laufbahngruppen 2.2 und 2.1 geben soll. Ich schließe mich hier einem der Vorredner an, zu sagen, wir haben, auch wenn die Ausbildung die gleiche Dauer hat, durchaus im Rahmen der Lehrerausbildung oder Lehrerbildung im Studium unterschiedliche Schwerpunktsetzungen auch im Rahmen des Masters, was die inhaltliche Schwerpunktsetzung angeht, im Rahmen auch zum Beispiel der Fachlichkeit. Und wir haben – das möchte ich nicht unerwähnt lassen – natürlich auch die Verantwortung für die Vergabe des Abiturs usw.

In dem Zusammenhang plädiere ich ganz deutlich, um hier eine Entlastungsmöglichkeit zu schaffen im Rahmen der individuell möglichen schnelleren und zeitnahen Anpassung an Belastungsstrukturen, für die Erhöhung der Anrechnungsstunden bezogen zunächst mal auf diejenigen, die korrekturbelastet sind.

Ich würde dann auch gerne noch die Beförderungssämter A14, A15 zum Thema machen, die durchaus noch ausgeweitet bzw. auch ausgeschöpft werden müssen.

Ich möchte aber einen ganz wichtigen Punkt hier in dem Zusammenhang noch erwähnen. Sowohl die Fachleiterbesoldung der Schulformen der Sek. I, auch Grundschule oder auch die Schulleiterproblematik, die eben angesprochen worden ist, halte ich für eine sehr wichtige. Für die muss tatsächlich in diesem Kontext eine Lösung gefunden werden. Ich sehe es nicht so, dass unsere Kollegen und Kolleginnen beim Einstieg in den Beruf – das hatte Frau Lorenz eben kurz erwähnt – schon die Laufbahngruppen 2.1 und 2.2 vor Augen haben und dass die Strukturzulage als Unterschied ein großes Problem ist, weil sie das noch gar nicht durchschauen können. Ich sehe die Fachleiterin nicken. Das ist etwas, was in den Augen der LAA letztendlich sicherlich nicht erste Priorität hat.

Ich glaube, dass die Tatsache, dass wir hier nicht genügend Studierende für den Bereich Grundschule haben, auch etwas mit den Veränderungsprozessen in den letzten Jahren zu tun hat, wodurch die Attraktivität reduziert wurde. Ich denke da mal zum Beispiel an die Schließung der Förderschulen, die aus unserer Sicht sehr unkoordiniert stattgefunden hat, sodass tatsächlich Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen enorm belastet sind, und viele, viele Dinge mehr, die einfach nicht gut gelaufen sind. Da müssen Lehrerinnen und Lehrer einfach gestützt und unterstützt werden. Ich denke, dass da auch sicherlich zusätzliches Personal dringend nötig ist, um die Belastungssituation in diesem Lehramt, obwohl es nicht meine Expertise ist, über das Grundschullehramt zu sprechen, zu verbessern.

Ich möchte noch erwähnen, weil vorher die Aussage kam, dass die inklusive Ausbildung an den Gymnasien überhaupt nicht stattfindet, dass ich dem widersprechen möchte. Es wird immer wieder falsch behauptet – das betone ich hier sehr deutlich –,

dass an Gymnasien keine Inklusion stattfindet. Das ist schlichtweg falsch. An den Gymnasien findet die zielgleiche Inklusion immer statt. Da wissen wir, welche Herausforderungen da sind. Wir wissen aber auch, dass viele Gymnasien in unseren Regierungsbezirken, weil viele Förderschulen einfach sukzessive geschlossen wurden, mittlerweile in der zieldifferenten Inklusion sind. Deswegen bestreite ich die Tatsache, dass es grundsätzlich an den Gymnasien keine zieldifferente Inklusion im Rahmen der Lehrerausbildung gibt.

Ich unterstütze die in dem Antrag geforderte Erhöhung der Lehramtsanwärterbezüge. Das ist selbstverständlich etwas, zu dem wir alle stehen, weil die Lebenshaltungskosten sich enorm erhöht haben und weil natürlich unsere Lehramtsanwärter im Zuge der Lehrerknappheit durchaus sehr viel eigenverantwortlichen Unterricht geben. Das muss entlohnt werden.

Ingrid Knaps (Bundesarbeitskreis Lehrerbildung): Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit zur Stellungnahme. Vielen Dank an Frau Müller-Rech.

Der Bundesarbeitskreis Lehrerbildung vereint alle Seminarausbilder*innen und Seminardirektor*innen aller fünf Lehrämter. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Wir alle fünf kooperieren auf Landes- und Bundesebene sowohl inhaltlich als auch auf der politischen Ebene und vernetzen uns gerne mit den Gewerkschaften und Verbänden wie mit dem Netzwerk Fachleiterinnen und Fachleiter und Lehrer NRW, mit denen wir zusammen unsere Petition „Ungleichbehandlung abschaffen! Gleiche Bezahlung für alle Seminarausbilder:innen!“ im Sommer letzten Jahres dem Landtag übergeben haben. Wir wissen auch aus den anderen Bundesländern, dass es dort deutlich verbesserte Besoldungsstrukturen für Lehrerinnen und Lehrer in der Ausbildung gibt. Leider nicht in Nordrhein Westfalen!

Ich möchte kurz auf eine Historie hinweisen. Den Seminarausbilderinnen für Grundschule, HRSGe und sonderpädagogische Förderung wurde bereits 2004, also vor 20 Jahren, ein Beförderungsamt in Aussicht gestellt. Im Zusammenhang mit der Dezentralisierung der Seminarstandorte – vielleicht erinnert sich der eine oder andere – wurden zu diesem Zeitpunkt alle Seminardirektor*innen nach Besoldungsstufe A15 übergeleitet. Die stellvertretenden Seminarleitungsstellen fielen weg. Die Arbeit haben natürlich alle anderen Seminarausbilderinnen und Seminarausbilder übernommen. Versprochen wurde, für gleiche Tätigkeit und gleiche Aufgaben, die sich in keiner Weise unterscheiden, das gleiche Gehalt zu bekommen. Das ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht geschehen, obwohl wir 20 Jahre lang schulpolitische Sprecher aller Parteien angesprochen haben, im MSB immer vorgesprochen haben.

Die Etablierung der unterschiedlichen Besoldung in den Lehrämtern, egal wo, ist weder angemessen noch zeitgemäß, da alle Lehrämter einen akkreditierten Universitätenabschluss erworben haben und wir alle, wie Herr Gruner schon sagte, einheitlich nach der OVP und einem entsprechenden Kerncurriculum arbeiten. Der BAK befürwortet natürlich wie Sie alle das Gesamtkonzept für ein einheitliches Einstiegsgehalt nach A13 für alle Schulformen. Wir hätten aber auch gerne noch die Ergänzung und Anpassung der verpflichtenden Wochenarbeitszeitstunden, die sich immer noch von 25,5 auf 28 Stunden wöchentlich unterscheiden.

Bezogen auf die Seminaerausbilder*innen in den ZfsL fordert der BAK dringend ein Funktionsamt, und zwar mit der sofortigen Wirkung nach A14, wenn das Revisionsverfahren positiv abgeschlossen ist. Denn das entspricht genau der gleichen Revision wie einer Konrektorin, einem Konrektor an der normalen Schule.

Zusätzlich müssen weitere Beförderungsämtter über A14 hinaus für alle bestehenden Tätigkeiten in Schule und Seminar im System implementiert sein. Sonst bekommen wir keine Gleichberechtigung hin.

Und um auf Frau Müller-Rech zu antworten: Gestern noch habe ich einen Kollegen gebeten, ein kleines Fach im Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ an einer Förderschule bzw. im Seminar Duisburg zu übernehmen. Er hat es abgelehnt, weil er sagt, ich bekomme nicht mal die volle Zulage, weil es nur soundso viele Lehramtsanwärter*innen sind, die ich betreue. Anrechnungen von Fahrzeiten sind nicht gegeben, obwohl die gerade in Förderschulen und im Berufskolleg weite Fahrten, wie Sie wissen, zurücklegen müssen. Die Prüfungsbesoldung ist auch noch eine unterschiedliche. Warum bekommen Menschen in der Sek. II eine andere Vergütung im Rahmen des Staatsexamens als die Kollegen aus der Grundschule, der Förderschule und HRSGe?

Es gibt keine Anrechnung der Überstunden in den Seminaren. Das muss man sich vorstellen. Ich habe eine Kollegin über Monate vertreten. Dafür gab es nicht eine Überstunde, weil die Überstundenregelung in den Seminaren gestrichen worden ist.

Und natürlich fordern wir noch die gleiche wöchentliche Pflichtstundenzahl für alle in der Ausbildung.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Damit kommen wir zur zweiten Frageunde. Es beginnt erneut Frau Engin für die SPD-Fraktion.

Dilek Engin (SPD): Ich würde gerne noch auf das eingehen, was das Netzwerk der Fachleiterinnen und Fachleiter NRW gesagt hat. Da würde ich Sie, Frau Meyer, noch mal fragen: Können Sie noch einmal die Unterschiede zwischen den einzelnen Lehrämtern und Schulformen darstellen, die damit einhergehenden Herausforderungen und Belastungen erläutern und sagen, inwiefern das einen Einfluss auf die Lehrerausbildung hat?

Claudia Schlottmann (CDU): Meine Frage geht an Herrn Hopp, Frau Mistler und Frau Wanders. Ministerin Feller hat vor Kurzem in der Presse mitgeteilt, dass sie einer Diskussion über Arbeitszeitmodelle offen gegenübersteht. Wie könnte eine Messung der Lehrerarbeitszeit außerhalb des Unterrichts aussehen?

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Vielen Dank für die erste interessante Runde. Es tut sich ja noch eine weitere große Baustelle auf in der Frage von den Werkstatllehrkräften. Deswegen fände ich es spannend, vom vlbs, Herrn Hoppen und Herr Suermann zu hören, wie sie die Problematik der Werkstatllehrkräfte beschreiben und was dazu führen könnte, dass diese Stellen wieder besetzt werden könnten.

Dr. Christian Blex (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Hopp und an Herrn Tempel. Erst mal danke schön, Herr Suermann, dass Sie auf den Mangel, der sicher auch an den Berufsschulen herrscht gerade im technischen Bereich, eingegangen sind. Herr Hopp, Sie haben den Mangel schon in Ihrer Stellungnahme beschrieben gerade auch in finanzieller Hinsicht bei den doch sehr anspruchsvollen Studiengängen im MINT-Bereich, was dazu führt, dass die Leute, die das schaffen, lieber sagen: Ich gehe mal in die Wirtschaft, anstatt mich mit Kindern und mit den Eltern herumzuärgern für das Gehalt. Deshalb ganz konkret eine Frage an Herrn Tempel, weil das ist an Gesamtschulen ja noch viel schlimmer. Die Unterdeckung gerade im Bereich Physik ist ja katastrophal. Wenn ich dann noch die Wahl zwischen Gesamtschule und Gymnasium habe, gehe ich ja dann häufig lieber zum Gymnasium. Was wären denn Ihre Lösungsmöglichkeiten auch im Bereich der Besoldung? Denn dieser Mangel ist eklatant und zeichnet sich seit Jahren ab. Wenn es seit Jahren so ist, dann muss es ein strukturelles Problem geben auch in der Besoldung, dass Studiengänge unterbesetzt sind. Deshalb bitte ich da einfach mal um Ihre Lösungsideen im Bereich der Besoldung.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank für die Antworten in der ersten Runde. Ich möchte meine zweite Frage stellen an Herrn Suermann, an Herrn Gruner und an Frau Knaps. Mir geht es jetzt um das Thema „Seiteneinstieg“. Wir haben ja einen wirklich sehr großen Lehrkräftemangel. Den Seiteneinstieg zu öffnen, zu verstärken, ist ja ein Mittel, um den Lehrermangel zu bekämpfen. Da stellen sich sicherlich Herausforderungen, was die Qualität der eingesetzten Kräfte angeht. Das ist das eine. Aber wir brauchen ja eben dann auch die Menschen, die die Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger ausbilden, die dann wirklich für sie da sind und sie dann auf den Schuldienst bestmöglich vorbereiten und das noch on the job. Könnten Sie da auch noch einmal bitte darstellen, welche Herausforderungen Sie wiederum mit Blick auf die Besoldung in den ZfsL sehen, aber auch in den Schulen ganz konkret? Also, welche Herausforderungen ergeben sich durch den Seiteneinstieg und welche Konsequenzen würden Sie mit Blick auf die Zukunft sehen, wenn wir politisch den Seiteneinstieg verstärken wollen?

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Fragen. – Diesmal beginnt Frau Knaps mit der Beantwortung.

Ingrid Knaps (Bundesarbeitskreis Lehrerbildung): Der Seiteneinstieg ist in der Tat ein großes Problem und eine große Herausforderung bei den Aufgaben in der Seminausbildung, nicht nur der erhöhte Aufwand in den Seminaren, weil ganz viele Dinge noch nachgeholt werden müssen, die aber in 18 Monaten nicht eben zu machen sind.

Die Begleitung an den Schulen ist auch nicht immer einfach neben der vollen Stelle, die die Menschen hier durchführen müssen, sodass wir zwischenzeitlich mehr Beratungen aufwenden müssen für die Ausbildung zum Beispiel bei VOBASOF, OBAS oder wo auch immer sie stattfindet.

Wir haben da auch mehr Abbrecher bzw. Durchfallquoten als in allen anderen Bereichen. Hier müssen wir unbedingt Erleichterungen bzw. noch mal zusätzliche Angebote

schaffen, um den Menschen, die im Seiteneinstieg sind, Sicherheit für die unterrichtliche Praxis zu geben, damit die nicht gleich wieder scheitern. Im Moment berate ich drei Kolleginnen und Kollegen, die aussteigen wollen. Eine ist leider ausgestiegen.

Sabine Mistler (Philologenverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage. Ich antworte jetzt auf die Frage von Frau Schlottmann zum Thema „Arbeitszeiterfassung“ und wie das aussehen könnte. Einer Arbeitszeiterfassung muss natürlich eine deutliche Definition von Arbeitszeit vorausgehen. Also, was ist Arbeitszeit? Was wird die Arbeitszeit umfassen? Wenn die Arbeitszeiterfassung auch für Lehrkräfte in Kraft treten sollte, gehen wir davon aus oder hoffen wir, dass der Bund dazu eine einheitliche Lösung vorgibt für die Bundesländer, damit nicht jedes Bundesland unterschiedlich vorgeht. Wie könnte das sein? Das könnte natürlich in Form von Arbeitszeitprotokollen oder einer App sein. Das darf natürlich nicht in eine Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen münden. Wie gesagt, es muss dabei sehr klar sein, was außerschulisch tatsächlich zur Arbeitszeit zählt. Ich möchte aber auch noch mal deutlich machen, dass die Arbeitszeit innerschulisch noch berücksichtigt werden muss. Zählen zum Beispiel Stunden, in denen ich keinen Unterricht habe, die ich an der Schule verbleibe, auch zu meiner Arbeitszeit? Das sind viele offene Fragen, die meiner Ansicht nach noch nicht geklärt sind.

Im Zusammenhang mit jeglicher Erfassung von Arbeitszeit muss die Perspektive für die Kollegen und Kolleginnen da sein. Wenn ich also Arbeitszeit erfasse, was kann daraus erwachsen? Dann mündet die Arbeitszeiterfassung in Modelle möglicherweise. Modelle sind ja im Gespräch. Viele Kolleginnen und Kollegen sind der Auffassung, dass es münden muss in gerechte Modelle. Wenn ich mir die Modelle anschau, sei es das Hamburger Modell und andere, dann habe ich dort noch nicht gesehen, dass es dazu führt, dass es zu Arbeitszeiten kommt, die der Arbeitsbelastung und der Arbeitsherausforderung gerecht werden.

Wenn man den Gesetzestext nachliest, kann der Gesetzgeber bei den Beförderungstellen oder bei der Einstellung nach unten korrigieren. Ich vermute, dass es im Zusammenhang mit der Belastung unseres Landes und auch anderer Länder, auch der finanziellen Belastungen, nicht so ausgehen wird, dass wir letztendlich jegliche Arbeitszeit, die wir tatsächlich auch geben, dementsprechend so entlastet bekommen, wie wir uns das wünschen, allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Lehrkräfte fehlen. Das ist meine große Sorge. Deswegen plädiere ich einfach noch mal dafür, erst mal darüber nachzudenken.

Wie gesagt, wenn aus einer Arbeitszeiterfassung Modelle resultieren, müssen die Modelle tatsächlich angemessen für alle Beteiligten umgesetzt werden können. Wir haben an dieser Stelle immer noch das Deputatsmodell im Kopf, alleine dadurch, dass man in dieser Situation etwas schneller und passgenauer auf die Schulen reagieren kann. Dass es da noch Verbesserungsbedarf gibt, ist selbstredend. Wir brauchen selbstverständlich auch Unterstützung bei den Herausforderungen, die wir an unseren Schulen zusätzlich haben in den letzten Jahren, Unterstützung selbstverständlich von Personal von außen.

Andreas Tempel (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW): Ich bin nach Lösungsmöglichkeiten gefragt worden in Bezug auf die Gewinnung naturwissenschaftlicher Lehrkräfte. Ich habe mich gerade bei meinem neben mir sitzenden Kollegen Achim Elvert vergewissert. Der vertritt nämlich Naturwissenschaften. Ich vertrete Geisteswissenschaften und hätte da jetzt nicht ganz sicher auf einen Punkt geantwortet, habe mich aber gerade versichert – deswegen ist das jetzt sicher –, dass die naturwissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten sich im Bereich Lehramt nicht unterscheidet von der restlichen naturwissenschaftlichen Ausbildung und von daher schon nicht gut auf die Schule vorbereitet und Schule eben auch nicht attraktiv macht. Also, hier wäre an den Unis entsprechend einzugreifen.

Das Zweite betrifft die universitäre Ausbildung, was wir uns in der GGG dazu ausgedacht haben, dass nämlich die duale Lehrerinnenausbildung sehr helfen würde, nicht nur bei den Naturwissenschaften Lehrkräftemangel zu beheben. Auch da bringe ich gerne wieder ein Beispiel, damit man das besser versteht. Sonst klingt das so nüchtern. Wir alle haben an den Schulen mittlerweile sehr viele Studentinnen und Studenten als Vertretungslehrkräfte. Die müssen sich nämlich Geld dazu verdienen, sonst können sie nicht studieren, vor allen Dingen dann, wenn sie aus nicht so gut betuchten Elternhäusern kommen. Dann kommt aber das Praxissemester. In diesem Praxissemester müssen sie uneingeschränkt der Schule zur Verfügung stehen, da können die nicht arbeiten. Ich habe mehrere studentische Vertretungslehrkräfte an der Schule. Die sagen mir als Schulleiter: Ich schiebe das Ende meines Studiums ewig vor mir her, ich weiß noch gar nicht, wann ich das abschließe, weil ich mir das nicht leisten kann, in diesem Praxissemester kein Geld zu verdienen. Ich weiß nicht, wo – auf gut Deutsch gesagt – die Kohle herkommt. – Da hätten wir mit der dualen Ausbildung ganz gewaltige Eingriffsmöglichkeiten, das Lehramtsstudium attraktiv zu machen. So ist das nämlich nicht attraktiv. Viele, die schon fertig sein könnten, werden nicht fertig, weil sie es sich nicht leisten können.

Michael Suermann (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW): Ich gehe erst mal auf die Frage von Frau Müller-Rech nach dem Seiteneinstieg ein. Das Berufskolleg ist sicherlich die Schulform, die am meisten Erfahrungen mit dem Seiteneinstieg hat. Erst mal zu begrüßen ist, dass für den dualen Master mittlerweile Stellenanteile im Haushalt vorhanden sind, denn die unterrichten ja nur 13 Stunden statt 25,5, dass die kompensiert werden können in den Schulen. Für den normalen Seiteneinstieg ist das immer noch nicht vorgesehen. Das heißt, die Schule muss irgendwie durch Unterrichtsausfall den Ausbildungspart kompensieren. Das heißt, grundsätzlich ist der Seiteneinstieg ein Weg, denn in bestimmten Fachrichtungen bekommen wir nicht genug Lehrpersonen über das klassische Referendariat, weil sich viele Menschen das auch nicht unbedingt leisten können. Es gibt attraktivere Möglichkeiten, zumindest finanziell, als über das Referendariat in das Berufsleben einzusteigen.

Bezüglich der Menschen, die wir durch den Seiteneinstieg gewinnen, ist es wichtig, dass wir in Ausbildung investieren. Das geht nur mit Ressourcen. Häufig ist es so, dass je nach Vertragsbeginn die Seiteneinsteigenden erst mal ihren vollen Unterricht machen, die vollen 25,5 Stunden, wenig begleitet werden, weil eben auch dafür keine Ressourcen vorgesehen werden. Oft läuft das dann auf freiwilligem Engagement von

Lehrkräften, die dann entsprechend unterstützen. Und dann irgendwann beginnt die Ausbildung, Das heißt, dann geht die Unterrichtsverpflichtung auf zehn Stunden runter und dann kommen die ersten Leute und gucken. Ich vergleiche das immer mit einem Schwimmkurs. Wir haben einen Schwimmkurs, wo man sagt: Alle an den Beckenrand stellen. – Dann gibt es einen Tritt in den Hintern. Alle springen ins Wasser. Dann geht der Schwimmlehrer weg und kommt irgendwann wieder. Und dann sagt er: Drei liegen am Grund und der eine, der strampelt falsch, und der andere macht dieses. – Das kann man sich ja nicht vorstellen, sondern es ist wichtig, dass von Anfang an eine vernünftige Betreuung und Begleitung stattfindet. Das geht eben nur, wenn Ressourcen da sind. Wir haben im Grunde genommen keine Alternativen. Wir bekommen nicht genug Referendarinnen und Referendare in bestimmten Fachrichtungen. Von daher muss ganz klar die Forderung sein, dass entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.

Zu der Fragestellung in Richtung Werkstatllehrkräfte gebe ich weiter an Frank Hoppen. Der ist nämlich unser Experte in dem Bereich.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):

Danke, dass wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bezüglich der Werkstatllehrkräfte haben. Vielen Dank an Frau Zingsheim-Zobel für die Frage. Ich fand die Ausführungen von Stefan Behlau gerade schön, der von einem Gesamtkunstwerk gesprochen hat. Sie haben die Frage gestellt, welche Problematiken es gibt und was man sagen kann in Bezug auf Gerechtigkeit.

Es wäre von der Problematik her schön gewesen, wenn man bei der ganzen Diskussion bezüglich der Laufbahngruppe 2.1 auch die Werkstatllehrkräfte mitgedacht hätte. Das ist auch hier leider wieder versäumt worden. Ich bin verzückt gewesen, als gesagt wurde, A13 für alle. Hervorragend, wunderbar, mal gucken, was für die Werkstatllehrkräfte am Ende dabei herauskommt. Das ist jetzt natürlich rein hypothetisch und auch nicht ernst gemeint. Aber dass so gar nicht über diese Problematik nachgedacht wurde, hat uns dann doch bei der prekären Lage ein bisschen schockiert an der Stelle.

Vielleicht gehe ich ganz kurz auf die Problematiken ein. Was haben wir für eine Problematik? Wir haben die Problematik, dass auch die ausgeschriebenen Stellen in dem Bereich Laufbahngruppe 2.1 bei den Werkstatllehrkräften, technischen Lehrkräften usw. mit der freien Wirtschaft konkurrieren. Hier sind ausgebildete Meister und Techniker, die müssen nicht unbedingt an Schule kommen. Das muss attraktiv gestaltet werden, damit die kommen, damit man auch die besten bekommt. Noch vor 20 Jahren sah es so aus, dass es auf eine ausgeschriebene Stelle 20 Bewerberinnen und Bewerber gab. Heute ist man froh, wenn sich überhaupt noch jemand bewirbt oder wenn man zwei Bewerberinnen und Bewerber auf eine Stelle hat. Von einer wirklichen Bestenauslese kann man hier sicherlich nicht mehr sprechen. Da muss man sicherlich sagen, dass das unterschiedlich ist, je nachdem, wo man hinguckt, in welche Bereiche des Landes, auch in welche Arbeitsbereiche, ob das nun Bäckermeister, Elektromeister, -techniker, Metallmeister, -techniker, Schreinermeister usw. Das ist ganz unterschiedlich. Aber sicherlich kann man mittlerweile sagen, dass wir die Stellen nur noch zu 90 %

besetzen können. Das ist eigentlich für das, was die Kolleginnen und Kollegen da machen, ein schlechtes Zeichen. Das Bewerberfeld wird immer dünner.

Vorsitzender Florian Braun: Ich muss auf die Zeit hinweisen.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW): Was können wir machen? Was wir machen können oder machen sollten, ist, dass wir auch hier darüber nachdenken, das Eingangssamt auf A10 anzuheben. In vielen anderen Bundesländern ist das schon gelaufen, in einigen Bundesländern wurde sogar schon auf A11 angehoben. Hier muss ganz dringend nachgebessert werden.

Wiebke Meyer (Netzwerk der Fachleiterinnen und Fachleiter NRW): Frau Engin hat die Frage gestellt, inwiefern wir noch mal erläutern könnten, wie die Herausforderungen und Belastungen sich in den unterschiedlichen Schulformen darstellen. Ich möchte da ganz gerne auf den Schulsozialindex hinweisen. In der aktualisierten Fassung ab dem nächsten Schuljahr geltend wird erfasst, wie die Kinder- und Jugendarmut sich an den Schulen darstellt, der Anteil der Schülerinnen und Schülern mit vorwiegend nichtdeutscher Familiensprache, Anteil der Schülerinnen und Schüler mit eigenem Zuzug aus dem Ausland, Anteil der Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache. Wenn man sich da die Verteilung anschaut, dann wird ganz klar, dass beispielsweise an der Hauptschule 41,5 % den Standort Typ 9 haben, also den schlechtesten. Ich habe eine Lehramtsanwärterin in der Dortmunder Nordstadt, die hat nur deswegen 9, weil es kein 15 gibt. Wenn ich mir dagegen das Gymnasium anschau, muss ich die Indexstufen 9, 8, 7, 6, 5, 4 und 3 zusammenrechnen, um auf 41,5 % zu kommen. Das heißt, knapp 60 % der Gymnasien sind in der Sozialindexstufe 1 und 2. Das heißt, ich möchte da ganz entschieden Frau Mistler, die jetzt leider gegangen ist, widersprechen. Mit Sicherheit gibt es auch dort Kinder und Jugendliche, die inklusiv beschult werden. Allerdings liegt an meiner Schule, an einer Hauptschule, der Anteil der Förderschüler*innen mit zieldifferenten Bildungsgängen bei 16 %. Da würde ich doch mal entschieden behaupten, dass das deutlich geringer ist. Vielleicht könnte Herr Hopp das gleich auch beantworten für das Gymnasium. Ich weiß, Sie sind jetzt heruntergegangen auf 3, aber wahrscheinlich im Verhältnis deutlich weniger. Das heißt, wir haben da eine ganz andere qualitative Ausbildung, die wir in den Seminaren leisten müssen, weil wir eben auf ganz andere Herausforderungen eingehen müssen: Wie leite ich ein sonderpädagogisches Förderverfahren ein? Wie gehe ich mit Schülerinnen und Schülern um, die kein einziges Wort Deutsch verstehen, aber zu dritt, zu vier, zu fünft in einer Klasse sitzen? Darauf müssen wir als Ausbilder*innen vorbereiten.

Wir haben das nächste Problem, dass wir teilweise eben an mehreren Seminaren eingesetzt sind. Ich bin an zwei ZfsL eingesetzt in drei unterschiedlichen Seminaren, zwei unterschiedlichen Lehrämtern. Da muss ich sagen: Wenn ich anscheinend so qualifiziert bin, dass man mir das zutraut, dann fühle ich mich reichlich wenig wertgeschätzt, dass das nicht auch finanziell vergütet wird.

Das Gleiche ist die Frage nach der ZfsL-Konferenz, wenn wir in Arbeitsgruppen zusammenarbeiten. Da entstehen Ungerechtigkeiten, weil wir einfach die gleiche Arbeit vor Ort leisten.

Eine weitere Sackgasse ergibt sich dort für die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, was Beförderungsstellen angeht. Die fragen mich – die sind jetzt gerade im Prüfungsverfahren –: Wo soll ich hingehen? Ich fühle mich an der Hauptschule total wohl. – Darauf muss ich sagen: Ja, ich kann mir dich super an der Hauptschule vorstellen, aber es ist für dich eigentlich eine Sackgasse, weil keine Beförderungsstellen ausgeschrieben werden.

Jetzt würde ich an der Stelle an Herrn Gruner weitergeben.

(Hardi Gruner [Netzwerk der Fachleiterinnen und Fachleiter NRW]:
Wie viel Restzeit habe ich denn noch?)

– Das sind ja dann zwei Mal drei Minuten.

Vorsitzender Florian Braun: Nein, so ist das hier leider nicht vorgesehen, aber in aller Kürze, Herr Gruner, dürfen Sie jetzt noch anschließen.

Hardi Gruner (Netzwerk der Fachleiterinnen und Fachleiter NRW): Der Seiteneinstieg wird auf absehbare Zeit eine ganz große Herausforderung bleiben. Da sind Probleme schon viel früher entstanden, auf die nicht reagiert wurde. Die Herausforderung für uns ist tatsächlich, damit fertig zu werden. Die Herausforderung liegt nicht – das habe ich vorhin schon gesagt – in der Fachlichkeit begründet, sondern vielmehr in den Bereichen der Pädagogik, Didaktik und Methodik. Hier gilt es, ganz viel aufzuholen.

Die Aufgaben sind wirklich sehr kompliziert und herausfordernd geworden. Wenn ich die Wahl habe und sage: „Ich werde Fachleiter“ – das ist der Bezug zur Besoldung –, und bekomme dort eine Zulage oder selbst wenn es dann A14 ist, warum soll ich mich diesen Herausforderungen stellen, wenn ich in anderen Bereichen – das ist etwas, was uns durchaus ärgert – ausgeschriebene Stellen mit A15 sehe? Das sind zweieinhalb Gehaltsstufen oberhalb von dem, was Fachleitungen bekommen. Das macht etwas Magengrummeln bei uns. Deshalb sind halt eben die Wege durchaus manchmal unterschiedlich und führen nicht unbedingt in die Fachleiterei.

Christoph Hopp (Erasmus-von-Rotterdam-Gymnasium Viersen): Ich darf antworten auf die Frage nach dem MINT-Bereich und auf Frau Schlottmanns Frage bezüglich der Arbeitszeiterfassung.

Ich beginne mal mit dem Letztgenannten. Frau Mistler hat schon richtig darauf hingewiesen – das möchte ich unterstützen –, dass das eine absolute Notwendigkeit ist. Wir müssen die Arbeitszeit erfassen. Dann schlagen wir uns nicht hier Thesen um die Ohren in die eine oder in die andere Richtung. Wir müssen nach Leistung und Arbeitsbelastung vergüten und da Änderungen vornehmen. Das Hamburger Modell ist schon erwähnt worden und zu Recht als ungünstig herausgestellt worden. Dem lastete aus meiner Sicht schon der Makel der Kostenneutralität an. Wenn wir so an die Dinge herangehen,

dann kann daraus nichts werden. Dann kommen wir keinen Meter von der Stelle. Deswegen mein ständiges Credo: Bildung kostet Geld und Bildung muss Geld kosten. Wenn wir aber nicht bereit sind, etwas zu investieren, kommen wir nicht von der Stelle.

Schauen wir mal auf das Gymnasium und auf die Gesamtschulen. Ich will damit die anderen Schulformen nicht irgendwie an den Rand drängen, aber ich will bezüglich der Arbeitsbelastung eine Begründung liefern. Das sind nachweislich die Schulen mit der höchsten Arbeitsbelastung, weil eben hier eine gymnasiale Oberstufe zugrunde liegt. Alle Studien, alle Untersuchungen, die es dazu gibt, deuten darauf hin und legen das nahe. Wir haben hier die beiden Schulformen, die auch die angesagten, die beliebten Schulformen sind. Ich nehme hier keine Qualifizierung vor, sondern ich will nur mal deutlich machen, wir dürfen das vor lauter völlig richtigem Bemühen, hier zu Gleichbehandlungen und zu mehr Fairness zu kommen, nicht vergessen. Ich bin völlig bei Ihnen, wenn wir über die Gleichstellung von Fachleitungen sprechen – da kann kein Mensch widersprechen –, wenn wir über die Angleichung von LAA-Vergütung sprechen usw. Wir müssen vorsichtig sein mit den anderen Domänen.

Also, bitte nicht vergessen, an den Gymnasien ist durch die angesprochene Entwicklung – Sie können in meiner Stellungnahme nachlesen, wie es dazu gekommen ist - viel mehr Heterogenität angekommen, und zwar ohne Ressourcen. Hier wird mehrfach auch nicht ganz zu Recht gesagt, Inklusion macht ihr nicht. Wir machen die Inklusion zumindest in dem uns zugewiesenen Rahmen, ohne die Ressourcen dafür zu haben, genauso wie wir die beiden Migrationswellen gestemmt haben an den Gymnasien. Da haben die Gesamtschulen gesagt, wir sind voll, und andere Schulformen standen nicht zur Verfügung. Das war auch in Ordnung so. Da sind aber die Stellen, und da ist die Expertise. Und wir versuchen, das alles zusätzlich zu schultern, so wie an anderen Schulen anderes zusätzlich geschultert wird. Deswegen will ich daran noch mal erinnern, weil das in der Diskussion mir ein Stück weit fehlt.

Ich fasse zusammen: Pauschal gilt doch, je älter die Schülerinnen und Schüler, je größer die Vorbereitung und Nachbereitung, je größer die Korrekturbelastung, desto höher ist die Arbeitsbelastung. Hier ist gerade 2004 erwähnt worden, Frau Knaps. Darüber haben wir auch nicht mehr gesprochen. Damals, 1998 und 2004, sind die Deputatserhöhungen, mit denen wir konfrontiert worden sind, als vorübergehend verkauft worden. Daran ist bis heute nichts geändert worden. Wir haben immer noch, trotz all dieser zusätzlichen Belastungen, diese angeblich als vorübergehend geltende Deputatserhöhung, über die wir hier als Grundlage sprechen. Das sind ja in allen Systemen, die hier vertreten sind, mindestens vier Arbeitsstunden mehr pro Woche, die als Zusatzbelastung festzuhalten sind.

Ganz kurz zu der MINT-Problematik. Völlig richtig beschrieben ist der Teufelskreis, Herr Tempel, in dem wir uns da befinden. Wir stellen fest, wir haben einen großen Mangel an Schülerinnen und Schülern, die in den MINT- Bereich gehen. Das hat auch mit dem Angebot der Schulen zu tun, weil auf dem Gebiet ja schon ein eklatanter Mangel an Lehrkräften herrscht. Die schicken wir an die Universitäten. Dann bleiben ganz wenige übrig – auch das ist richtig beschrieben worden –, und es kommen noch weniger zurück. Die sehr guten Kräfte sind abgeworben worden von der sogenannten Privatwirtschaft, und wir kriegen das Dilemma, was da übrig bleibt. Ich komme also wieder zu

dem Punkt, wir müssen Finanzierungsanreize schaffen, damit wir aus diesem Teufelskreis herauskommen. Es wäre nur falsch, jetzt neue Ungerechtigkeiten im bestehenden System zu schaffen. Wir müssen mit anderen Ideen locken als mit besserer Bezahlung, damit wir eben die Ungerechtigkeiten innerhalb eines Systems, die Gesamtschulen besonders intensiv kennen, nicht noch an anderen Stellen verursachen und perpetuieren. Deswegen erinnere ich noch mal an die konkreten Vorschläge, die ich eben gemacht habe, nur in drei Stichworten: Anrechnungstöpfe, Korrektorentlastung, Vorgriffsmodelle.

Sarah Wanders (lehrer nrw): Die Frage an mich bezog sich auf die Frage nach einem Arbeitszeitmodell. Das momentane Deputatsmodell mit pauschalisierten Werten auch für Tätigkeiten verkennt auf jeden Fall die Arbeitsrealität der Lehrkräfte vor Ort und ist dringend reformbedürftig. Allerdings steht vor einer Reform zunächst einmal natürlich eine Arbeitszeiterfassung. Wir müssen also dringend über das jetzt bestehende Pflichtstundendeputat an den einzelnen Schulformen sprechen.

Bis das der Fall ist, müssen wir aber ganz besonders auch über das erste Beförderungsjahr und Funktions- und Leitungsstellen sprechen, denn wir können Kolleginnen und Kollegen in bestehenden Strukturen nicht entlasten, aber die Aufgaben gerade an kleinen Systemen werden häufig von Kolleginnen und Kollegen in der Sek. I im ersten Beförderungsjahr zusätzlich übernommen. Wenn nun 2026 eine Anpassung nach A13-Eingangsjahr erfolgt, stellen sich die Kolleginnen und Kollegen natürlich zu Recht die Frage: Warum soll ich weiterhin diese zusätzlichen Aufgaben, die ich bisher gerne geleistet habe und auch gut geleistet habe, weiterhin übernehmen, wenn offensichtlich meine Arbeit nicht wertgeschätzt wird und sich das auch nicht monetär für mich auszahlt?

Ich würde gerne noch ganz kurz auf Herrn Hopp eingehen, der bezüglich der Heterogenität an Gymnasien uns gerade einiges berichtet hat. Ich würde Herrn Hopp gerne an eine Realschule mit Hauptschulbildungsgang einladen. Da reden wir nämlich in Klasse 10 davon, dass Sie in der gleichen Klasse bei 30 Schülern plus X nach einem Realschullehrplan und nach dem Hauptschullehrplan unterrichten. Wir haben Inklusion. Das heißt, ich habe zielgleiche Förderung, ich habe auch zieldifferente Förderung und häufig noch nicht mal einen Sonderpädagogen, der mich unterstützen kann. Nach dem Besuch würde ich mich dann gerne noch mal mit Ihnen über Arbeitsbelastung unterhalten.

Vorsitzender Florian Braun: Ich bin gespannt, wie diese Diskussion an anderer Stelle fortläuft.

Wir machen mit unserem Antrag und der nächsten Fragerunde weiter. Dazu erneut Frau Engin.

Dilek Engin (SPD): Vielen Dank für die Darstellung der Auswirkungen des Innenlebens der Gymnasiallehrer. Ich würde gerne aber an dieser Stelle auf die Werkstatllehrer eingehen und in diesem Zusammenhang die Vorsitzenden der vlbs und auch Frau Lorenz bitten, zu sagen, wie sich das Engagement A9, EG9 auf die tatsächliche Stellenbeset-

zungsquote und die Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern bei ausgeschriebenen Werkstattlehrern auswirkt. In diesem Zusammenhang: Wie wirken sich die fehlenden Karriereperspektiven von Werkstattlehrern aus, die sich schon im System befinden?

Dr. Christian Blex (AfD): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich hätte an Sie und an Frau Wanders noch mal eine Frage. Es geht gar nicht darum, dass Realschulen auch belastet sind oder weniger oder mehr. Es ging ja jetzt erst mal um den Fachlehrermangel und wie die Besoldung aussieht. Deshalb auch gerne an Sie noch mal die Frage, Frau Wanders, wie das an der Realschule aussieht mit dem Fachlehrermangel in den MINT-Fächern. Der ist da nämlich eklatant, weil die Leute, die es können, sagen, ich gehe lieber ans Gymnasium. Wie sehen Sie da Möglichkeiten, über die Besoldungsstruktur gerade im Bereich Physik, Chemie das Ganze zu lösen?

Herr Hopp, Sie haben die Oberstufenbelastung angesprochen. Wenn ich an Physik denke, die verbliebenen Fachkräfte werden überwiegend in den verbliebenen Oberstufenkursen eingesetzt, und in der Mittelstufe wird fachfremd unterrichtet. Wie sieht es bezüglich der Attraktivität aus, da als Fachlehrer hinzugehen, wenn er weiß, eigentlich sitzt er nur noch in der Oberstufe, ohne dass mir dann irgendwelche Anrechnungstunden oder so in größerem Umfang zur Verfügung stehen?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Wir haben noch eine Frage an den Herrn Behlau oder Herrn Lachner oder beide. Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auf den Anteil an Beförderungsstellen pro Schulform ein und regen da eine Neujustierung an. Uns würde interessieren: Was wären denn da Ansätze, die Sie sehen würden, für eine Neujustierung bei den Beförderungsstellen?

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Behlau, an Frau Wanders und an Frau Lorenz. Und zwar möchte ich Bezug nehmen auf die 930 Lehrkräfte, die im vergangenen Jahr gekündigt haben. Wir wissen leider nicht, was die Gründe dafür sind. Es ist auch immer wieder Anlass zur Debatte hier im Landtag. Deswegen möchte ich Sie direkt fragen als Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, ob Sie den Eindruck haben, dass die Besoldung auch eine Rolle spielt oder ob andere Gründe dafür ausschlaggebend sind, dass Lehrerinnen und Lehrer den Beruf an den Nagel hängen.

Claudia Schlottmann (CDU): Ich finde, es wird sehr deutlich, dass schon in Ihrer Runde sehr kontrovers die Besoldungsstruktur diskutiert wird. Das macht die Sache für uns natürlich extrem spannend, denn wenn Sie sich alle einig wären, dann wäre es ja ein sehr leichtes Spiel für uns, aber ist es nicht.

Ich habe eine Frage mit Komma dazwischen. Wenn wir von einer geringeren Unterrichtsverpflichtung ausgehen, ist dann eigentlich mit einer höheren Arbeitsbelastung zu rechnen? Das wäre meine eine Frage.

Die andere Frage schließt sich so ein bisschen an die Frage von Frau Müller-Rech an. Wir reden sehr viel darüber, dass mehr Geld ins System für Lehrer oder für verschiedene

Aufgaben fließen muss. Ist Geld die einzige Lösung, oder was fehlt ansonsten? Die Frage geht an Herrn Behlau, Frau Wanders und Herrn Hopp.

Vorsitzender Florian Braun: Damit hätten wir alle Fragen gesammelt. – Herr Behlau, bitte.

Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Frau Schlottmann, ich beantworte zuerst Ihre Frage, muss allerdings einen Dissens feststellen, da ich diese Runde tatsächlich in der großen Breite gar nicht als sehr kontrovers auffasse, sondern ich sie tatsächlich eigentlich als sehr einmütig betrachte, abgesehen von Einzelmeinungen einzelner Standorte. Deswegen sollte man hier vielleicht ein Stück weit mehr sehen, wie einmütig diese Runde ist, trotz der großen Vielfalt an Verbänden, die viele Menschen repräsentieren, die hier sitzen.

Sie haben gefragt nach dem, was am meisten fehlt. Selbstverständlich ist das die Frage, die immer wieder kommt. Ich glaube, das muss man trennen. Selbstverständlich ist Geld nicht alles, und doch ist ohne Geld alles auch irgendwie nichts. Was fehlt am meisten in den Schulen? Das ist die Zeit. Die Zeit generieren wir aber wiederum nur über Lehrkräfte, und zwar über gut ausgebildete Lehrkräfte. Wenn wir aber bei den Fachleitungen sparen, dann werden wir weiterhin vor allen Dingen im Grundschulbereich und im Sek.-I-Bereich, in dem Bereich, der den höchsten Fachkräftemangel hat, der den höchsten Lehrkräftemangel hat, weiterhin riesige Probleme haben. Wenn wir in den Grundschulen und in der Sek. I nicht vernünftig ausbilden, dann haben übrigens auch die Kolleginnen und Kollegen in den gymnasialen Oberstufen und auch in den Berufskollegs ein enormes Problem. Das hat Michael Suermann eben wunderbar gesagt. Es kommt auf den Anfang an. Ich glaube, darauf muss der Fokus gelegt werden. Es geht nicht darum, irgendjemandem irgendetwas wegzunehmen, es geht aber darum, dass wir die Bildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen so gelingend gestalten, dass NRW wirklich wieder ein Zukunftsland werden kann, wo wir sowohl das Abitur vollziehen können als eben auch in der dualen Ausbildung, sprich in den Berufskollegs vernünftig ausbilden können. Dafür brauchen wir Zeit. Zeit generieren wir natürlich über Personal. Das ist wirklich im Moment die drängendste Frage, die die Kolleginnen und Kollegen derzeit beschäftigt.

Dann möchte ich auf die Frage von Frau Müller-Rech antworten, was die 930 Lehrkräfte angeht. Ich möchte davor sagen: Mir ist die Umfrage zu undifferenziert gewesen. Also, mir fehlt bei dieser Zahl, so wie mit ihr umgegangen wird, der differenzierte Blick. Ich hätte gerne gewusst, aus welchen Arbeitsverhältnissen diese Kolleginnen und Kollegen kommen, ob es tatsächlich Lehrkräfte sind, ob es Lehrkräfte sind, die in einem festen Verhältnis gewesen sind, ob es Lehrkräfte sind, die aus zeitlich befristeten Verhältnissen gekündigt waren, oder ob es eventuell, weil von denen haben wir mittlerweile eine ganze Menge Kolleginnen und Kollegen an Bord, Kolleginnen und Kollegen aus den multiprofessionellen Teams, sozialpädagogische Fachkräfte waren, die aufgrund der schlechteren Arbeitsbedingungen, die teilweise in Schule für sie herrschen, und aufgrund der schlechteren Einstufung das Berufsfeld wechseln.

Die Gründe sind vielfältig. Hier wird sicherlich die Besoldung auch eine Rolle spielen, ohne jeden Zweifel. Ich habe eingangs gesagt, dass wir uns 2026, wenn das Gesamtkonzept, wenn das Kunstwerk nicht steht, Entpflichtungen gegenübersehen werden im Schulleitungsbereich. Wir erkennen jetzt schon eklatant im Fachleitungsbereich, dass Stellen eben einfach nicht besetzt werden. Das heißt, Wertschätzung geht natürlich auch über die Finanzen. Das ist gar keine Frage.

Dann kam die letzte Frage; da ging es um den Anteil der Beförderungsstellen. Auch da möchte ich einmal eine Lanze brechen für die sogenannten wunderbaren kleinen Systeme und darauf hinweisen, es ist immer wieder schön, dass Gesamtschulen, Berufskollegs und auch Gymnasien mit ihren Schülerzahlen und Schülerinnenzahlen und damit auch mit den Zahlen der Kolleginnen und Kollegen gehen können, aber kleine Systeme haben nichtsdestotrotz auch das Problem, dass gewisse Aufgaben, egal, wie groß oder klein eine Schule ist, gleich bleiben, aber auf weniger Schultern verteilt werden können. Das heißt, hier bin ich in einer Schulleitung einer kleineren Schule und habe keine Beförderungsstellen, die ich in irgendeiner Form auch nur ansatzweise in eine Erweiterte Schulleitung geben kann. Die gibt es einfach nicht. Ich habe Glück, wenn ich die Konrektorenstelle oder die Konrektorinnenstelle besetzen kann, aber Beförderungsstellen gibt es so gut wie gar nicht. In der Hauptschule haben wir einen Beförderungskegel von 10 %, der mit Pi mal Daumen 8 % ausgeschöpft ist, und in der Grundschule haben wir über den Masterplan Grundschule einen Beförderungskegel von 5 %. Demgegenüber steht ein Beförderungskegel an den Realschulen von ca. 40 %, und über die Schulformen mit gymnasialer Oberstufe möchte ich jetzt gar nicht sprechen. Hier geht es darum, diese schreiende Ungerechtigkeit zu beenden.

Sarah Wanders (lehrer nrw): Zur ersten Frage bezüglich der MINT-Fächer in der Sekundarstufe I: Ich denke, wir müssen wieder mehr Anreize schaffen und unseren Beruf wieder attraktiver machen. Das ist nämlich ein toller Beruf. In dem Zusammenhang sollten wir frühzeitig in die Gymnasien gehen, in die Oberstufen, und aktiv Werbung für unseren Berufsstand machen, denn nur so bekommen wir junge Menschen begeistert dafür. Ich selber bin Mathematiklehrerin und habe mich bewusst für die Sekundarstufe I entschieden, weil ich nicht aufs Geld geguckt habe. Ich kann mir aber vorstellen, dass ein junger Mensch, der die Wahl zwischen GymGe-Studium und wesentlich besseren Verdienstaussichten im späteren Leben und einem Studium für die Sekundarstufe I, HRSGe, hat, sich aus monetären Gründen für das erste entscheidet. Ich denke, mit einer Anpassung der Besoldungsstruktur hätten wir dieses Problem im MINT-Bereich zumindest an den Schulformen der Sek. I zumindest ein bisschen gelöst.

Zur Frage von Frau Müller-Rech bezüglich der Kündigungen. Da stimme ich Herrn Behlau zu, was den Faktor Besoldung in diesem Bereich angeht. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen nimmt seit Jahren stetig zu. Wir bekommen immer mehr zusätzliche Aufgaben in unsere Schulen, die wir gerne und gut leisten, aber dafür brauchen wir Zeit. Das heißt, wir bräuchten für jede neue Aufgabe, Inklusion, Integration, Digitalisierung – ich könnte weiter ausführen –, Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen. Angesichts des Lehrkräftemangels ist uns allen klar, dass das im Moment nur schwerlich möglich ist. Somit wird die Belastung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort und auch der Druck auf die Kolleginnen und Kollegen vor Ort immer größer. Und da

muss man leider sagen, dass einige Kolleginnen und Kollegen am Ende des Tages dann kündigen, weil sie sagen, ich halte diesen Druck nicht mehr aus, zumal wir ja jetzt auch noch die Möglichkeit der voraussetzungslosen Teilzeit beschränkt haben. Früher haben einige Kolleginnen und Kollegen dieses Mittel gewählt. Sie haben bewusst auf Geld verzichtet, weil sie gesagt haben, ich unterrichte dann lieber 20 Stunden, aber die unterrichte ich gut. und so kann ich bis zum Rentenalter durchhalten. Wenn diese Möglichkeit jetzt weiter beschnitten wird, dann befürchte ich, dass in nächster Zeit die Zahlen, was die Kündigungen betrifft, definitiv nicht sinken werden.

Christoph Hopp (Erasmus-von-Rotterdam-Gymnasium Viersen): Die Antwort auf die erste Frage, inwiefern Kürzungen in der Sek. I im MINT-Bereich sich dann auch – in Anführungszeichen – oben auswirken, liegt, glaube ich, auf der Hand. Wenn da unten kein vernünftiger Unterricht oder noch schlimmer gar kein Unterricht stattfindet, dann hat das eklatante Auswirkungen oben und wir kommen in den eben beschriebenen Teufelskreis wieder hinein.

Was die Frage nach den Unterrichtsverpflichtungen und Arbeitsbelastungen angeht, insbesondere die Frage Geld oder was ihr noch braucht: Sehr kluge Frage, wie ich finde, weil wir ja völlig zu Recht hier gemeinsam darüber nachdenken, was wir alles tun können, um finanzielle Anreize zu schaffen. Da möchte ich gerne das mit einem fetten Ausrufezeichen versehen, was Herr Behlau gesagt hat. Ich hätte genauso angefangen, nämlich zu sagen, wir stellen doch hier eigentlich ganz große Einmütigkeit fest. Damit möchte ich auch noch mal so ein bisschen geraderücken, wie Sie eben reagiert haben. Also, mir ging es an keiner Stelle darum, für eine Schulform zu sprechen. Ich wollte nur zusätzlich zu Ihren völlig berechtigten Forderungen noch mal an das erinnern, was in der Runde hier vielleicht ein bisschen zu kurz kommt, dass wir das nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Da sind wir, glaube ich, alle gemeinschaftlich unterwegs und verfolgen dieses Ziel gemeinsam und gemeinschaftlich.

Ich möchte noch mal betonen, worum es mir geht. Ich glaube, wir brauchen die Entlastungen da, wo sie nötig sind, da, wo sie adäquat sind. Deswegen war die Nachfrage ja völlig berechtigt, wie wir Arbeitszeit erfassen können, wie wir Arbeitszeitmodelle schaffen können, die das zum Ausdruck bringen. Natürlich – da haben Sie völlig recht – unterliegen andere Schulformen – von Förderschulen haben wir noch gar nicht gesprochen – unheimlichen Anforderungen und Herausforderungen, die hier keiner von uns in keiner Weise kleinreden möchte. Wie gesagt, wir dürfen nur die Unterschiedlichkeit der Belastungen dabei nicht aus den Augen verlieren.

Meine Sorge ist so ein bisschen – deswegen hatte ich eben von Gesamtschule und Gymnasium gesprochen –, dass wir an vielen Stellen auf so ein Zweisäulenmodell hinauslaufen. Wenn ich jetzt die Anmeldeverfahren in den Nachbarkommunen betrachte – ich nenne mal Neues, Meerbusch und Willich als krasse Beispiele, wo die Gymnasien überlaufen und die Gesamtschulen deswegen weitere Züge aufmachen müssen –, dann stelle ich fest, dass sich etwas verschoben hat in der Aufnahme. Ich habe das selber vor zwei Jahren in Viersen erlebt. Insofern ist das etwas, was mir große Sorge bereitet.

Ich möchte noch mal sehr deutlich sagen, wenn ich auf unsere Hauptschule schaue, die Herr Behlau auch für unseren Ort richtig beschrieben hat, dass ich an jeder Stelle dafür eintrete und sage: Das ist das kleine System, das es braucht. Da werden die Kinder aufgefangen, die ansonsten in den großen Systemen, von denen wir jetzt gerade auch gesprochen haben, untergehen. Da bin ich völlig bei Ihnen. Wir müssen Werbung machen. Die Werbung der Landesregierung ist ja inzwischen deutlich besser als unter der Vorgängerregierung, wo es noch mit Postkarten und Plakaten etwas spießbürgerlich zuging. Ich glaube, dass das, was da auf Instagram gerade unterwegs ist, von den jungen Menschen sehr wohl wahrgenommen wird.

Ich bin völlig bei Ihnen, Frau Wanders, wir brauchen eine bewusste Entscheidung, wie Sie sie für Ihre Schulform getroffen haben. Das ist genau das, was ich meinte. Das hat jahrzehntelang gut funktioniert. Wir haben eine bewusste Entscheidung getroffen, weil wir uns für diese Arbeit interessiert haben, für die stärker auf diese Klientel ausgerichtet oder für die stärker auf eine andere ausgerichtet. Das hat lange gut funktioniert. Da könnten wir wieder hin. Aber ich kann mir auch vorstellen, dass man weiterhin bewusst zum Beispiel Richtung HRSGe geht und sich für dieses Studium entscheidet, wenn denn die Stabilität dieser Systeme garantiert ist. Das sehe ich derzeit nicht, deswegen meine Ausführungen zu den überlaufenden anderen Schulformen gerade. Auch darüber müssen wir sicher nachdenken.

Ute Lorenz (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Vielen Dank für die Fragen. Zu den Werkstattdlehrerinnen und Werkstattdlehrern: Genaue Zahlen, wie viele jetzt im Moment gesucht werden und wie viele nicht kommen oder fehlen, kann ich jetzt gerade nicht liefern, können wir sicherlich nachliefern. Aber ich weiß aus meiner Beratung und aus der Beratung von Personalräten, dass sie alle das Problem haben, dass es wie überall Fachkräftemangel auch in diesem Bereich gibt. Aufgrund der Bezahlung – das hat der Kollege Hopp ja eben auch schon angesprochen – ist es schwierig, von der Privatwirtschaft Werkstattdlehrkräfte mit dieser Ausbildung und Qualifikation auf eine A9- oder EG9a-Stelle zu bekommen, die letztendlich auch noch weniger ist als die einer Vertretungslehrkraft zum Teil, die dann auch schon EG10 bekommt ohne Ausbildung in dieser Größenordnung. Es geht ja nicht nur um die Werkstattdlehrkräfte, sondern es geht auch um die Fachlehrkräfte im Förderschulbereich. Auch hier haben wir eine zu geringe Bezahlung. Dadurch haben wir natürlich auch zu wenige Bewerberinnen und Bewerber und viel Frust bei denjenigen, die da sind, weil sie mehr arbeiten müssen, weil viele Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in Förderschulen fehlen und sie dann diese Arbeit praktisch mitmachen, ohne dafür gleichbesoldet oder gleichbezahlt zu werden. Das ist ein großer Ärger und ein großer Frust dieser Kolleginnen und Kollegen. Darauf möchte ich noch mal aufmerksam machen.

Bei den Lehrkräften, die jetzt weniger bezahlt werden, obwohl sie dieselbe Arbeit machen, haben wir eben sehr viele Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger im Angestelltenverhältnis, denen zum Teil auch nicht Vorerfahrungen anerkannt werden. Das hat was mit unserem Tarifgefüge zu tun, was bei förderlichen Zeiten darauf abhebt, ob sie anerkannt werden oder auch nicht, eine Kannregelung. Das gibt auch große Probleme.

Da will ich überleiten in die andere Frage zu den Kündigungen. Meiner Erfahrung nach ist es so, dass viele von diesen Kündigungen auch damit zusammenhängen, dass, nachdem sie eingestellt worden sind, bei den Angestellten in dem Fall, auch pädagogisch Beschäftigte, sie dann nach einem halben Jahr oder dreiviertel Jahr feststellen, sie bleiben in der Stufe 1, obwohl sie bereits jahrelang vorher pädagogisch tätig waren. Das wird ihnen nicht anerkannt. Dann merken sie praktisch erst, wie der Unterschied ist zu dieser Eingangsbezahlung Stufe 1 und ihrer möglichen Einstufung zu 3 oder 4. Und dann gehen sie. Ich habe aber auch von vielen Personalräten gehört im Bereich der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, dass viele von denen sagen, wegen der Belastungssituation in Schulen, die sie ja dann auch mitbekommen als Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, wissen sie gar nicht, ob sie überhaupt in Zukunft Beamtinnen und Beamte werden wollen, weil sie möglicherweise als Angestellte flexibel wieder aufhören wollen. Also, auch hier gibt es eine Gefahr. Wenn wir die Arbeitsbelastung nicht einschränken, wenn wir die Bedingungen nicht einschränken und eben auch die Ungerechtigkeiten in Schule nicht einschränken, werden uns die jungen Kolleginnen und Kollegen erst gar nicht erreichen, auch nicht da erreichen, wo wir sie brauchen, und sie laufen auch wieder weg.

Deswegen noch mal zusätzlich, weil das Thema jetzt hier aufkam, obwohl es ja auch schon mal Thema hier im Hause war, zur Frage der Arbeitszeiterfassung: Auch dazu haben wir ja auch als GEW schon mal Stellung bezogen, dass wir die fordern, weil wir glauben, nachdem es inzwischen viele Untersuchungen gegeben hat, die von der Uni Göttingen in Niedersachsen durchgeführt worden sind, in vielen anderen Ländern derzeit, in Berlin und in Hamburg, in allen Schulformen, nicht nur im Gymnasium, auch in Grundschule ... Nach ausführlichen Untersuchungen und Arbeitszeiterfassungen, die da stattgefunden haben, die also möglich sind, ist festgestellt, dass wir mehr Arbeiten haben, inklusive berechnet mit Ferien. Es wird ja immer gerne nicht gesehen, dass Ferien ... Da meinen ja alle, da sind sowieso alle weg und arbeiten nicht. Nein, das ist ganz eindeutig: Ferien sind Arbeitszeit.

Vorsitzender Florian Braun: Frau Lorenz, Stichwort „Zeiterfassung“.

Ute Lorenz (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Das einzige, was wegfällt, sind die Unterrichtsstunden.

Frank Hoppen (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW): Ich schließe an das an, was Frau Lorenz gesagt hat, und an mein Eingangsstatement bezüglich der Werkstattlehrkräfte. Auch bei uns ist es so im Berufskolleg, dass die Kolleginnen und Kollegen zum Teil für Theorieunterricht eingesetzt werden, was sie ja erstens nicht dürfen und wofür sie zweitens natürlich nicht ausgebildet sind. Dementsprechend sind sie mehr belastet an dieser Stelle. Also, auch das gibt es am BK und ist natürlich in der Form nicht zielführend.

Worauf ich noch eingehen wollte, ist: Was passiert am Ende des Tages, wenn wir es nicht schaffen, genügend Bewerberinnen und Bewerber zu generieren bzw. die Stellen zu besetzen? Ein wichtiger Punkt, der da bedacht werden muss, ist, dass, wenn die

Werkstätten einmal geschlossen sind, weil zum Beispiel Träger oder Städte sagen: „Wir haben jetzt ausgeschrieben und die Stellen sind zwei-, dreimal leergelaufen, dann machen wir Klassenräume draus, weil wir haben eh zu wenig Platz“, wenn diese Professionen an den Schulen einmal weg sind, wenn diese Elektrolabors, Kfz-Werkstätten, Metallverarbeitungsstätten usw. erst einmal weg sind, dann sind sie weg. Die wieder einzurichten, ist unfassbar schwierig. Darauf wollte ich noch hinweisen, dass das ein großes Problem ist, wenn es nicht gelingt, diese Menschen an Schule zu holen und diese Stellen zu besetzen.

Frau Engin hat noch gefragt, wie es mit den im System befindlichen Kolleginnen und Kollegen und der Motivation durch die fehlenden Karriereperspektiven aussieht. Darauf gehe ich natürlich sehr gerne ein. Wir können die Pflichtstundenzahlen noch toppen. Wir haben 30 Unterrichtsstunden zu erteilen. Hier war gerade die Rede von 28 in der Spitze. In NRW sind wir Spitzenreiter mit 30 zu erteilenden Unterrichtsstunden, und zwar nicht nur in NRW, sondern auch in der Bundesrepublik.

Motiviert sind die Kolleginnen und Kollegen auf jeden Fall, hochmotiviert, denn das geht gar nicht anders. Ansonsten würden sie den Job nicht machen. Sie wären nicht mehr da bei der Bezahlung, bei A9 im Eingangsamts oder EG9a. Sie wären nicht da bei 30 Unterrichtsstunden, und sie wären nicht da, wenn sie nicht auch noch fachfremd oder für Theorieunterricht oder sonst irgendetwas eingesetzt würden, wenn sie nicht absolute Enthusiasten wären und den Job einfach gerne machen. Also, da kann man sicherlich sagen, die sind hochmotiviert wie alle Lehrkräfte in NRW, glaube ich, durch alle Schulformen hinweg.

Ja, die durchlaufen auch noch eine 18-monatige Fortbildung – das wollte ich an der Stelle noch erwähnen –, die sich überhaupt nicht auf den DQR auswirkt. Auch das sollte man vielleicht mal sagen. Die gehen in eine 18-monatige Ausbildung mit DQR 6 rein und kommen mit DQR 6 raus. Auch darüber müsste man vielleicht mal nachdenken, Stichwort „Master Professional“ zum Beispiel.

Sie sind keine Lehrerinnen und Lehrer im Sinne des Schulgesetzes – auch das passt sehr wunderbar hier in diese Diskussionsrunde hinein – in der Laufbahngruppe 2.1. Auch daraus ergeben sich viele Problematiken. Zum Beispiel sind sie kein Bestandteil unserer Bildungsgangkonferenz laut Schulgesetz in NRW, was ein großes Problem ist. Natürlich wird das an den meisten Schulen so nicht gelebt, weil sie selbstverständlich da mitarbeiten und das alles tun, aber von Gesetz und Ordnung her sind sie da eigentlich nicht drin. Wenn man sich vorstellt, dass sich an den Berufskollegs alles um die Handlung dreht, ist es schon merkwürdig, dass diese Kolleginnen und Kollegen kein Bestandteil der Bildungsgangplanung sind, zumindest nicht nach der Verordnungslage.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Multiprofessionalisierung in allen Schulformen bin ich immer ein bisschen erschreckt über diese Diskussion und auch über diese ganze Einschätzung, Lehrer, Nichtlehrer, Lehrer erster Klasse, Lehrer zweiter Klasse. Ich glaube, dass wir im Berufsbeamtentum um eine unterschiedliche Bezahlung nicht herumkommen – das ist klar und leuchtet auch jedem ein –, aber dass Lehrkräfte einen unterschiedlichen Status haben, Lehrer und keine Lehrer, das finde ich für meine Person zumindest befremdlich.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. Ich schaue noch einmal in die Runde der Fraktionen: Gibt es noch Fragen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bedanke ich mich im Namen des gesamten Ausschusses bei Ihnen Damen und Herren Sachverständige noch mal sehr herzlich für die Zeit, die Sie uns heute gegeben haben, für Ihre Stellungnahmen und für die heutigen Äußerungen.

Wir werden nun freundlicherweise vom Sitzungsdokumentarischen Dienst in den nächsten Wochen das Protokoll dazu erhalten und dann in der April-Sitzung eine gemeinsame Auswertung der heutigen Anhörung vornehmen.

Für den Moment darf ich die Sitzung beschließen und wünsche Ihnen noch einen guten Heimweg.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

13.03.2024/18.03.2024

Stand: 13.03.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung**Gut durchdacht statt schlecht gemacht: Die Landesregierung muss endlich ein
Gesamtkonzept zur Besoldungsstruktur des Schulsystems in NRW vorlegen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/6384

am Dienstag, dem 27. Februar 2024
14.30 bis (max.) 16.30 Uhr, Raum E3 D01, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW e. V. Dortmund. Stefan Behlau Dortmund	Stefan Behlau Robert Lachner	18/1284
Lehrer NRW e. V. Sarah Wanders Düsseldorf	Sarah Wanders	18/1270
Christoph Hopp Schulleiter des Erasmus-von-Rotterdam- Gymnasiums Viersen Viersen	Christoph Hopp	18/1251
Netzwerk der Fachleiterinnen und Fachleiter NRW Hardi Gruner, ZfsL Arnsberg	Hardi Gruner Wiebke Meyer	18/1280
Büro für Gesellschafts- und Bildungskon- zepte (GeBiKon) Helmut Seifen, OStD i.R. Gronau	<i>keine Teilnahme</i>	18/1286
Landesvorsitzende der GEW NRW Gewerkschaft Erziehung und Wissen- schaft NRW Ayla Çelik Essen	Ayla Çelik Ute Lorenz	18/1296

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Michael Suermann Vorsitzender vlbs Düsseldorf	Michael Suermann Frank Hoppen	18/1283
Andreas Tempel Vorsitzender GGG NRW Wuppertal	Andreas Tempel Achim Elvert	18/1289
Sabine Mistler Landesvorsitzende Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Sabine Mistler <i>(bis 15.30 Uhr)</i>	---
Ingrid Knaps Bundesarbeitskreis Lehrerbildung e.V. BAK-Sektion SFÖ Essen	Ingrid Knaps Astrid König	18/1287 (Neudruck)